



Mit ihrem Votum beim Bürgerentscheid haben die Wähler den Verkaufsplänen für die Kliniken Eggenfelden (Bild links), Pfarrkirchen (Mitte) und Simbach (rechts) einen Riegel vorgeschoben. – Fotos: Archiv Kirk/Gilg

KOMMENTAR

Klarer Auftrag! Handeln bitte!

Von Christian Wanninger

Der Bürger hat gesprochen. Und wie! Nach dem in dieser Deutlichkeit nicht erwarteten Ergebnis herrscht Klarheit: Die drei Kreiskrankenhäuser bleiben in kommunaler Hand – zumindest für ein Jahr, denn so lange ist ein Bürgerentscheid bindend. Theoretisch jedenfalls. In der Praxis müssen die Verantwortlichen, also Landrätin und Kreistag, jetzt aber sofort ihr Augenmerk auf ein längerfristiges Konzept richten. Das ist der unmissverständliche Auftrag der Bürger, der ernst genommen werden muss. Da bleibt kein Spielraum und keine Zeit für Spielchen, für Beleidigtsein oder Trotzreaktionen, für ein „Weiter so“ und Aussitzen des Votums, bis eine Privatisierung dann wieder als einzige Zukunftslösung aus dem Hut gezaubert wird.



Ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept mit dem Ziel zu entwickeln, alle drei Krankenhäuser zu erhalten, und zwar mit Hilfe eines Experten – das ist die Aufgabe. Und dies ist nicht die eines Sepp Rettenbeck, nicht die der Mitstreiter im Aktionsbündnis und nicht die der Bürger, die gegen einen Verkauf gestimmt haben. Es ist die Aufgabe der Landrätin und des Kreistags. Dieser Verantwortung müssen sie jetzt gerecht werden. Gerade für den Kreistag ist das eine neue Chance, doch wieder Handlungsfähigkeit zu zeigen und einen Teil des verspielten Kredits bei den Menschen zurückzugewinnen. Denn der Ärger über das Eingeständnis der Mehrheit im Gremium, nicht fähig zu Entscheidungen in Krankenhausfragen zu sein, über das offene Bekenntnis, dass Kirchturmpolitik „in“ ist, war und ist groß unter den Wählern. Wie sagte einer kurz vor dem Bürgerentscheid: „Wenn unsere Herrn Politiker alle so denken, dann können wir aufhören. Warum bitte sollte dann ein Bezirksrat aus Landshut, Straubing oder Deggendorf auch nur einen Cent in die Birnbacher Rottal Terme stecken. Sein Kirchturm steht nicht hier.“

Der Blick muss jetzt also einem neuen Konzept gelten. 200 000 Euro hat der Landkreis für das Bietverfahren zur Vorbereitung des Verkaufs bereit gestellt. In gut fünf Monaten wurde es durchgezogen. Viele Stunden lang wurde gearbeitet, getagt und diskutiert, wie die Landrätin immer wieder betonte. Wenn mit dem selben Elan jetzt daran gegangen wird, den Auftrag des Bürgers anzunehmen und zu erfüllen, dann sollte es auch möglich sein, die Basis für einen erfolgreichen Weiterbetrieb der Kreiskrankenhäuser in kommunaler Hand zu legen – und zwar schnell.

kauf gestimmt haben. Es ist die Aufgabe der Landrätin und des Kreistags. Dieser Verantwortung müssen sie jetzt gerecht werden. Gerade für den Kreistag ist das eine neue Chance, doch wieder Handlungsfähigkeit zu zeigen und einen Teil des verspielten Kredits bei den Menschen zurückzugewinnen. Denn der Ärger über das Eingeständnis der Mehrheit im Gremium, nicht fähig zu Entscheidungen in Krankenhausfragen zu sein, über das offene Bekenntnis, dass Kirchturmpolitik „in“ ist, war und ist groß unter den Wählern. Wie sagte einer kurz vor dem Bürgerentscheid: „Wenn unsere Herrn Politiker alle so denken, dann können wir aufhören. Warum bitte sollte dann ein Bezirksrat aus Landshut, Straubing oder Deggendorf auch nur einen Cent in die Birnbacher Rottal Terme stecken. Sein Kirchturm steht nicht hier.“

Der Blick muss jetzt also einem neuen Konzept gelten. 200 000 Euro hat der Landkreis für das Bietverfahren zur Vorbereitung des Verkaufs bereit gestellt. In gut fünf Monaten wurde es durchgezogen. Viele Stunden lang wurde gearbeitet, getagt und diskutiert, wie die Landrätin immer wieder betonte. Wenn mit dem selben Elan jetzt daran gegangen wird, den Auftrag des Bürgers anzunehmen und zu erfüllen, dann sollte es auch möglich sein, die Basis für einen erfolgreichen Weiterbetrieb der Kreiskrankenhäuser in kommunaler Hand zu legen – und zwar schnell.

Der Blick muss jetzt also einem neuen Konzept gelten. 200 000 Euro hat der Landkreis für das Bietverfahren zur Vorbereitung des Verkaufs bereit gestellt. In gut fünf Monaten wurde es durchgezogen. Viele Stunden lang wurde gearbeitet, getagt und diskutiert, wie die Landrätin immer wieder betonte. Wenn mit dem selben Elan jetzt daran gegangen wird, den Auftrag des Bürgers anzunehmen und zu erfüllen, dann sollte es auch möglich sein, die Basis für einen erfolgreichen Weiterbetrieb der Kreiskrankenhäuser in kommunaler Hand zu legen – und zwar schnell.

Bürger stoppen Verkaufspläne

Eindeutige Mehrheit will Krankenhäuser in kommunaler Hand – 53,91 Prozent Wahlbeteiligung

Von Werner Eckert

Pfarrkirchen. Seit gestern Abend herrscht endlich Klarheit: Die drei Kreiskrankenhäuser dürfen nicht verkauft werden, weder an die Rhön-Klinikum AG noch an einen anderen privaten Interessenten. Die Häuser werden weiterhin unter der Regie des Landkreises betrieben. Dafür sorgt das Votum des Bürgerentscheids, der mit einem Ergebnis von 89,41 Prozent an Verkaufsgegnern eine mehr als deutliche Willensbekundung der Rott- und Intalener Bürger gebracht hat. 53,91 Prozent der Wahlberechtigten hatten sich an der Entscheidung beteiligt.

Es war das beherrschende Thema im Landkreis in den zurückliegenden Wochen. Die Zukunft der Krankenhäuser bewegt und beschäftigt die Menschen. Das zeigte nicht nur die Flut an Leserbriefen, die unsere Redaktion erreichte, das machten auch die überaus gut besuchten Informationsveranstaltungen sowohl der Verkaufsgegner wie der Verkaufsbefürworter deutlich. Immer wieder füllten hunderte von Besuchern die Veranstaltungssäle. Die Bürger gingen mehrheitlich also durchaus nicht unvorbereitet in die Abstimmung, sie hatten sich informiert und sich ihre Wahl nicht leicht gemacht.

Nach Schließung der Wahllokale um 18 Uhr waren gestern auch

mehrere Interessierte in den kleinen Sitzungssaal des Landratsamtes gekommen, wo die Verwaltung aktuell über die Stimmauszählung informierte. Das Ergebnis wurde mit Spannung erwartet, auch von Landrätin Bruni Mayer und dem Sprecher des Aktionsbündnisses, Kreisrat Sepp Rettenbeck. Sie hatten sich in den vergangenen Wochen beide intensiv bemüht, die ihrer Meinung nach richtige Entscheidung herbeizuführen. Nun trafen sie im Sitzungssaal in gespannter Erwartung aufeinander.

Nach 15 Minuten lag das erste Ergebnis auf dem Tisch: Geratskirchen 96 Prozent gegen den Verkauf. In ähnlicher Weise ging es weiter. Da gab es nichts zu deuten.

Landrätin Bruni Mayer: „Ich akzeptiere es, bin aber bitter enttäuscht. Es wird schwierig, sehr schwierig. Ich kann dann nur sagen: Ich habe es gesagt.“ Was sie besonders treffe sei die Tatsache, dass die Leute weder der Mehrheit der Kreisräte noch den Bürgermeistern geglaubt hätten. Sie werde noch in dieser Woche die Fraktionssprecher versammeln und die nächsten Schritte besprechen.

Nach Vorliegen des Endergebnisses schlug die Landrätin versöhnliche Töne an: „Ich bitte die Bürgerinitiative um konstruktive Zusammenarbeit. Der Bürger erwartet das von uns. Es ist eine Riesenverantwortung, die wir auf uns nehmen. Ich hoffe, wir schaffen es.“ Zum Ende des Wahlabends

zeigte sich Bruni Mayer gefasst: „Ich habe schon schlimmeres erlebt. Jetzt gehe ich nach Hause und trinke erstmal ein Bier.“

Sepp Rettenbeck, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen den Verkauf, betonte die Notwendigkeit, jetzt schnell den Bürgerwillen umzusetzen. Wer das Bürgervotum nicht hinnehmen könne, sollte die Konsequenzen ziehen. Das sei aber keine Rücktrittsforderung, so Rettenbeck. Es gehe ihm nicht um das Recht haben, es gehe um die Patienten und das Personal. Sie seien durch die Verkaufsdiskussion verunsichert worden. Der Auftrag der Bürger sei nun auch eine neue Chance für die Landrätin und jene Kreisräte, die sich für den Verkauf ausgesprochen hätten. Sie sollten jetzt nicht mehr von der Schließung eines Hauses reden. Das Aktionsbündnis werde sich nicht auflösen sondern weiterarbeiten. Es müsse jetzt als erstes eine neue Geschäftsführung gefunden und ein Konzept erarbeitet werden.

Weitere Aussagen und Stimmen zu der Entscheidung lesen Sie in unser morgigen Ausgabe.



Während sich Sepp Rettenbeck und Dr. Ludwig Schmück (von li.) über das Ergebnis freuten, herrschte bei Landrätin Bruni Mayer (r.) Enttäuschung. – F.: Altmanberger